

Menschenrechte in Nordafrika

Ernüchterung macht sich breit

Von Jannis Grimm

Vier Jahre nach dem Arabischen Frühling herrscht in Nordafrika Frust: Die Hoffnungen auf ein gerechteres Leben und das Ende von Korruption und Polizeiwillkür haben sich nicht erfüllt. Außerdem behindern die neuen und alten Regime weiterhin grundlegende Reformen und beschneiden die Meinungsfreiheit.

— Zwei Bürgerkriege in Libyen, eine Konterrevolution in Ägypten, eine leidlich stabile Autokratie in Algerien und nur kosmetische Reformbereitschaft im marokkanischen Königshaus – die vorläufige Bilanz des Arabischen Frühlings in Nordafrika liest sich erschreckend. Mit der potenziellen Ausnahme Tunesiens stehen die Aussichten auf einen offeneren und freieren südlichen Mittelmeerraum schlechter denn je. Die Euphorie über den dominoartigen Sturz dreier Diktatoren (erst Ben Ali, dann Mubarak und Gaddafi) ist im fünften Jahr der Umbrüche der Einsicht gewichen, dass die Hoffnung auf eine „vierte Welle der Demokratisierung“ (1) weniger analytischem Realismus geschuldet war als vielmehr normativen Vorannahmen über Transformationsprozesse: Gut 13 Jahre ist es her, dass der Demokratieforscher Thomas Carothers in einem für die Regimeforschung wegweisenden Aufsatz die Grundannahme kritisierte, dass Länder, die sich von autokratischer Herrschaft entfernten, implizit als Länder im Übergang zur Demokratie zu verstehen seien. (2)

Nicht nur zeigte die Realität, dass Transformationen oft deutlich weniger linear verlaufen als angenommen; auch das mechanische Abhalten von Wahlen erweist sich per se noch nicht als Schritt in Richtung Demokratie. Nordafrika lieferte hierfür in den vergangenen vier Jahren eindrucksvolle Beispiele: In Marokko machte beispielsweise eine Verfassungsreform den Weg für vorgezogene Parlamentswahlen frei, die im November 2011 mit der islamistischen PJD (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) sogar die bedeutendste Oppositionspartei in die Regierung brachten. Faktisch wurde der Schritt zu einer echten konstitutionellen Monarchie aber nicht vollzogen, da die Wahlen wenig an der Vormachtstellung des Königs änderten, der nach wie vor de jure wie de facto als unantastbares Oberhaupt über dem Recht steht. Seitdem in der Nachbarschaft politische Gewalt und ökonomische Missstände zunehmen, wird sein Herrschaftsmodell immer seltener infrage gestellt.

Auch in Ägypten belegte der Wahlsieg von Abdel Fatah Al-Sisi, dem Drahtzieher des Militärputsches vom Sommer 2013, die begrenzte Aussagekraft formaldemokratischer Prozeduren. Zwar attestierten EU-Wahlbeobachter(innen) den Präsidentschaftswahlen weitgehende Regelmäßigkeit. Tatsächlich minimierten Repressionen und die Restriktion des Wettbewerbs die Chancen für eine Machtrotation aber bereits im Vorfeld des Wahlakts. Der Feldmarschall gewann folglich mit über 96 Prozent der Stimmen.

Die Rückkehr charismatischer Führerfiguren

Ohne echte Wahlfreiheit verkommen Wahlen zur Farce und zum periodischen Verzicht des Volkes auf seine Souveränität. Diese Einsicht führt dazu, dass sich in ganz Nordafrika vor allem junge Menschen demoralisiert und desillusioniert von der Politik abwenden: Sinkende Wahlbeteiligung und politisches Engagement, Protestmüdigkeit und Indifferenz gegenüber neuen Einschränkungen für politische Partizipation sind die Konsequenz. Insbesondere in der Generation, die 2011 zum Motor der Jamin- und Tahrir-Revoluten wurde, hat sich Frustration über die Ergebnisse der Volksaufstände breitgemacht. Dabei hatten diese anfangs eine regelrechte Explosion der Aktivistenszene und der Parteienlandschaft bewirkt, indem sie den Raum für zivilgesellschaftliche Partizipation in nie dagewesener Weise öffneten. Doch offenbarte sich schnell der Wettbewerbsvorteil der etablierten Parteien und gut organisierter

Vereinigungen des politischen Islam gegenüber den Neugründungen aus dem Kreis der politisch weitgehend unerfahrenen Revolutionsjugend. In den Übergangsinstitutionen waren Letztere kaum noch vertreten.

In Rabat, Tunis und Kairo sah es zunächst so aus, als könnten vor allem die Islamisten, die aus ihrer langjährigen Oppositionsarbeit Kapital schlugen, die Früchte der Revolution ernten. Mittlerweile sind allerdings auch sie mehrheitlich im politischen Prozess marginalisiert. Jüngst ist in der ganzen Region eine Rückkehr charismatischer Führerfiguren zu beobachten, die von einer Welle anti-islamistischer Ressentiments getragen werden: In Tunesien war es das Volk selbst, das aus mehrheitlicher Ablehnung gegenüber der islamistischen Partei Ennahda und aus Sehnsucht nach vorrevolutionärer Stabilität mit Béji Caïd Essebsi einen Weggefährten des geschasteten Diktators Ben Ali ins Präsidialamt wählte. In Ägypten ebnete dagegen ein Staatsstreich gegen die Regierung der Muslimbrüder den Weg für Al-Sisis Machtübernahme und eine Restauration des Polizeistaats. Der Aufstieg des libyschen Generals Haftar fügt sich ebenfalls ins Bild. Seit Mitte 2014 führt dieser ausgehend von Bengasi, der Keimzelle der Revolte gegen das Gaddafi-Regime, einen Feldzug gegen islamistische Milizen.

Die Früchte der Revolution

Als Konsequenz aus der Marginalisierung der Aktivist(inn)en blieben auch ihre Forderungen weitgehend unerfüllt. Das zentrale Motiv der Volksaufstände war nicht der Wunsch nach einer neuen staatlichen Ordnung gewesen – weder einem Kalifat noch einer Demokratie. In erster Linie hatten die Protestierenden bessere Lebensbedingungen, stärkere Teilhabe an Wachstum und Entwicklung und ein Ende von Korruption und Polizeiwillkür gefordert. Die Integration sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ziele, die sich im grenzübergreifenden Leitspruch „Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde“ äußerte, hatte die einzigartige Koalitionsbildung zwischen perspektivlosen Jugendlichen, entrechteter Arbeiterschaft und der urbanen Mittelschicht ermöglicht, die zum Erfolgsrezept der Aufstände wurde. (3) In keinem dieser drei Bereiche hat sich seitdem Nennenswertes getan: Fast schon ironisch mutet es an, dass die ägyptische Regierung im Zuge ihres Fünfjahresplans ausgerechnet die Subventionen auf Brot- und Raffinerieerzeugnisse reduziert hat.

Denn Subventionskürzungen treffen insbesondere die ärmsten Bevölkerungsteile, die ohnehin in ganz Nordafrika unter drastischen Inflationsraten und gravierender Arbeitslosigkeit leiden. In Ägypten verschärft zudem die Zwangsschließung karitativer Einrichtungen der Muslimbrüder, die seit Jahrzehnten das staatliche Versorgungsvakuum kompensierten, ihre Lebenssituation.

„ Der wiedererstarkte ägyptische Polizeistaat agiert heute noch brutaler als zu Zeiten Mubaraks. “

Doch auch in den westlichen Nachbarländern hat sich die soziale Lage verschlechtert. So findet in Libyen fast gar keine Umverteilung mehr statt, da die Öleinnahmen, von denen ein Großteil der Bevölkerung abhängig ist, angesichts konkurrierender Herrschaftsansprüche durch die Zentralbank zurückgehalten werden. Hier bewirkt der Bürgerkrieg zudem eine drastische Verknappung von Grundnahrungsmitteln und medizinischer Basisversorgung. Und auch Tunesien, das im Westen häufig als Erfolgsmodell zitiert wird, kämpft seit der Revolution mit einer wirtschaftlichen Schiefelage. Stagnierende Investitionen und der Einbruch des Tourismus infolge gesteigerter Sicherheitsrisiken durch Terror und Kriminalität sind Phänomene, die mittlerweile in der ganzen Region spürbar werden.

Nur vereinzelt finden sich Bemühungen, ihre negativen Effekte abzumildern. So zeigt beispielsweise die marokkanische Staatsführung zumindest ein grundlegendes Interesse an sozialer Gerechtigkeit, das sich in nationalen Initiativen zur Armutsreduktion und Förderprogrammen für strukturschwache Regionen niederschlägt. Umverteilungsmaßnahmen verfolgen hier aber vorrangig den Zweck, weiteren Protesten vorzubeugen. Vorbildfunktion hat dabei das benachbarte Algerien, wo die Bouteflika-Regierung seit 2011 eine relativ erfolgreiche Politik der materiellen Rentenverteilung verfolgt, um den sozialen Frieden zu erkaufen. Durch eine Kombination aus

Nahrungsmittelsubventionen, Lohnerhöhungen, Sozialmaßnahmen und selektiven Repressionen konnte Algerien bislang eine nennenswerte Mobilisierung gegen das Regime verhindern.

Menschenrechtsslage weiterhin verheerend

Wie in ganz Nordafrika stehen allerdings auch in Algerien Patronage und Nepotismus grundlegenden Reformen im Weg. Symptomatisch für die verbreitete Korruption sind die marokkanischen Makhzen, ein informelles Klientensystem um König Mohammed VI., oder auch das unternehmerische Engagement der ägyptischen Armee, die in der zivilen Wirtschaft des Landes mit den Oligopolen einiger Privatunternehmer konkurriert. (4) Seilschaften zwischen Politik und Wirtschaft, die unter dem Oberbegriff „tiefer Staat“ zum Sinnbild für die Reformfeindlichkeit der arabischen Regime wurden, behindern vielerorts auch eine juristische Aufarbeitung von Diktatur und politischer Gewalt. Mit Ausnahme Tunesiens, wo 2013 zumindest die rechtliche Grundlage für Übergangsgerechtigkeit und eine Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen geschaffen wurde, kamen Regimefunktionäre dort, wo Machtkämpfe nicht in Bürgerkriegsszenarien eskalierten, größtenteils ungestraft davon. Bis heute wurde in Ägypten beispielsweise niemand für die Tötung von mehr als 800 Menschen während der Proteste im Frühjahr 2011 zur Rechenschaft gezogen. Strafverfahren gegen die damaligen Verantwortlichen (Mubarak und sein Innen- und Premierminister) wurden eingestellt oder endeten in milden Bewährungsstrafen. Auch eine Reform des Sicherheitssektors, der die direkte Verantwortung für die endemische Missachtung grundlegender Menschenrechte trägt, blieb in ganz Nordafrika aus. Folglich ist die Menschenrechtsslage weiterhin verheerend und das Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht garantiert. Staatsgewalt, Folter auf Polizeistationen, sexuelle Übergriffe, Zensur und Einschüchterungen gegenüber Blogger(inne)n, Journalist(inn)en und Aktivist(inn)en sind nach wie vor weit verbreitet – selbst in Tunesien, wo die Verurteilung des Bloggers Yassine Ayari durch ein Militärtribunal wegen „Verleumdung der Armee“ erst kürzlich rechtstaatliche Defizite offenlegte. Überdies haben Autokraten in Nordafrika aus ihren Fehlern gelernt und die Sicherheitskräfte nicht nur materiell aufgerüstet, sondern ihnen auch solide rechtliche Rückendeckung zuteil werden lassen. (5)

” Letztlich bestehen in Nordafrika im Jahr 2015 die gleichen sozioökonomischen Missstände fort, die vor vier Jahren in revolutionären Massenprotesten mündeten. “

Besonders der neuen Führung in Kairo gelang es im Schulterschluss mit der politisierten Judikative, einen repressiven rechtlichen Rahmen zu kodifizieren, der die Meinungs- und Versammlungsfreiheit drastisch beschnitt und autoritäres Regieren ohne Notstandsgesetze ermöglichte. Der wiedererstarkte Polizeistaat agiert vor diesem Hintergrund heute noch brutaler als zu Zeiten Mubaraks. Das symbolträchtige Massaker von Rabaa al-Adawiya im August 2013 gegen Unterstützer(innen) der Muslimbruderschaft ist hierfür nur das sichtbarste Beispiel. Seitdem wurden mehr als 2.500 Menschen getötet, die Zahl politischer Gefangener, die häufig vor Militärgerichten landen, wird auf mehr als 40.000 geschätzt. Darunter befinden sich auch zahlreiche Aktivist(inn)en der Tahrir-Revolution, deren Organisationen größtenteils verboten oder zerschlagen wurden.

Potenzial für weitere Revolten

Der Versuch, im fünften Jahr der Umbrüche Bilanz zu ziehen, ist angesichts beträchtlicher nationaler Divergenzen fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Festhalten lässt sich aber, dass wir es in Nordafrika nicht mit linearen Transformationsprozessen hin zu Demokratie oder Diktatur zu tun haben, sondern mit vielschichtigen und ergebnisoffenen Entwicklungen, denen das Paradigma der Demokratisierung ebenso wenig gerecht wird wie das leidige Wortspiel mit den Jahreszeiten. Gemeinsam ist den neuen und alten Regimen in der Region, dass sie ihr Versprechen gegenüber den Protestierenden auf ein gerechteres und freieres Leben in Würde bislang nicht eingelöst haben. Letztlich bestehen in Nordafrika im Jahr 2015 die gleichen sozioökonomischen Missstände fort, die vor vier Jahren in revolutionären Massenprotesten mündeten. Ob sich hieraus Potenzial für weitere Revolten ergibt, lässt sich nicht abschließend sagen – überraschend wäre es jedoch kaum. ———

Anmerkungen

- (1) Grimm, Jannis (2011): Mapping Change in the Arab World. Insights from Transition Theory and Middle East Studies. Berlin, S. 21.
- (2) Carothers, Thomas: The End of the Transition Paradigm. In: Journal of Democracy 1/2002, S. 5–21.
- (3) Harders, Cilja: Revolution I und II. Ägypten zwischen Transformation und Restauration. In: Jünemann, Annette/Zorob, Anja (Hrsg.) (2013): Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika. Wiesbaden, S. 28.
- (4) Roll, Stephan (2013): Ägyptens Unternehmerelite nach Mubarak. Machtvoller Akteur zwischen Militär und Muslimbruderschaft. Berlin.
- (5) Heydemann, Steven/Leenders, Reinoud: Authoritarian Learning and Counterrevolution. In: Lynch, M. (Hrsg.) (2014): The Arab Uprisings Explained. New Contentious Politics in the Middle East. New York, S. 75–92.



Welches Afrika-Vorurteil besteht den Praxistest nicht?

Das hängt davon ab, welches man mitbringt. Vorurteile waren noch nie ein guter Ausgangspunkt für praktische Arbeit.

Zum Autor

Jannis Grimm, geb. 1988, studierte Politik- und Islamwissenschaft. Er ist Forschungsassistent des Projekts „Elitenwandel und neue

soziale Mobilisierung in der arabischen Welt“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin, wo er schwerpunktmäßig zu den Dynamiken von Mobilisierung und Repression in Nordafrika forscht.

Kontakt

Jannis Grimm
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
Ludwigkirchplatz 3–4
D-10719 Berlin
E-Mail jannis.grimm@swp-berlin.org